

**Vielfalt
stärken!**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



RASSISMUS BEKÄMPFEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

RASSISMUS GEHT UNS ALLE AN



Foto: Bistkup/aif

Rassismus ist Realität in unserer Gesellschaft und ist tief in ihren Strukturen und Institutionen verwurzelt.

Nach den Anschlägen in Halle und Hanau sowie dem gewaltsamen Tod von George Floyd in den USA sind Hunderttausende Menschen gegen Rassismus aufgestanden und auf die Straßen gegangen. Doch Rassismus fängt nicht erst mit Gewalt an. Er beginnt da, wo Menschen etwa aufgrund ihres Aussehens oder ihrer vermeintlichen Herkunft ausgegrenzt werden. Rassismus verletzt – unabhängig davon, ob er beabsichtigt ist oder nicht.

Strukturelle Probleme können nur durch strukturelle Maßnahmen gelöst werden. Wir fordern deshalb ein Maßnahmenpaket, das auch mit gesetzlichen Regelungen Rassismus an der Wurzel packt: mit einem Antidiskriminierungsgesetz, das Betroffenen umfassenden Schutz bietet, mit einem Partizipationsgesetz, das die gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen aktiv fördert, und mit einem Demokratiefördergesetz, das die unverzichtbare Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen finanziell und strukturell zuverlässig absichert.

GLEICHE CHANCEN DURCH REPRÄSENTATION UND TEILHABE

In Deutschland leben Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, Geschichten und Identitäten zusammen. Gerade Menschen mit Rassismuserfahrung und/oder Einwanderungsgeschichte sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert und bei Entscheidungsprozessen nur unzureichend beteiligt. Der Grund dafür ist oft strukturelle Diskriminierung. Solche Ausschlussmechanismen bekommen viele Menschen schon von Kindheit an zu spüren: Wenn sie aufgrund von Vorurteilen trotz gleicher Leistung wegen ihres Aussehens oder Nachnamens in der Schule schlechter bewertet werden. Wenn sie auf der Wohnungssuche eine Absage nach der anderen bekommen.

Fehlende Teilhabe und Partizipation sind Resultat struktureller Diskriminierung, sich reproduzierender Ausschlussmechanismen und rechtlicher Hürden. Wir wollen, dass alle mit am Tisch sitzen und an den Schaltstellen unserer Gesellschaft angemessen vertreten sind. Wie lässt sich das ändern?

Foto: picture alliance/
Eibner-Pressfoto

Zum Beispiel durch die Einführung von Vielfaltsbeauftragten in Behörden, eine verbindliche Förderung von Diversität in der Bundesverwaltung, vielfaltsorientierte Budgetierung und rassismuskritische Schulungen. Damit diese Maßnahmen umgesetzt werden und Vielfalt auch dort gelebt wird, wo wichtige Entscheidungen für unsere Gesellschaft getroffen werden, wollen wir ein Partizipationsgesetz einführen.

Wir wollen, dass alle hier lebenden Menschen sich demokratisch einbringen und beteiligen können. Dafür wollen wir ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige schaffen. Für volle gleichberechtigte Teilhabe ist die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung. Wir brauchen einen handfesten, gesetzlichen Anspruch auf Einbürgerung, ohne dass Menschen gezwungen werden, die ursprüngliche Staatsangehörigkeit abzulegen

Partizipation

DIE GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT MUSS
SICH AUCH IN DER BESETZUNG
ÖFFENTLICHER STELLEN WIDERSPIEGELN

Foto: picture alliance/Jan Haas

Foto: picture alliance/blickwinkel/fototo

6





„Einheit in Vielfalt“ ALS LEITBILD

Die Vielfalt der Gesellschaft ist unsere Stärke. Anders als in Kanada und anderen Einwanderungsländern hat sich Deutschland noch nicht den gesetzlichen Auftrag gegeben, Vielfalt zu schützen und zu fördern. Zudem werden die Themen Migration, Flucht und Integration im Korsett sicherheits- und ordnungspolitischer Zusammenhänge betrachtet. Es braucht hingegen ein Bekenntnis zu einer Einwanderungsgesellschaft, die Vielfalt wertschätzt. Deshalb wollen wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ für Deutschland als Einwanderungsland gesetzlich normieren. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinar-

beiten, dass alle hier lebenden Menschen die gleichen Chancen haben und aktiv unsere Gesellschaft mitgestalten können.

Wir brauchen einen gesetzlich verankerten „Partizipationsrat“, ein unabhängiges Gremium, in dem Expert*innen aus der (post-)migrantischen Zivilgesellschaft, aus Wissenschaft und Forschung, Empfehlungen in die Politik geben. Er soll bei der Erarbeitung von Gesetzestexten mitwirken, Stellungnahmen abgeben und Diskussionen öffentlich anstoßen oder begleiten.



*Wir brauchen ein
Bekenntnis zu einer
Einwanderungs-
gesellschaft, die
Vielfalt wertschätzt!*

EIGENE GESCHICHTE UND STRUKTUREN HINTERFRAGEN

Das koloniale Erbe und seine Denktraditionen bilden bis heute den Nährboden für Rassismus. Die deutsche Kolonialherrschaft über Teile Afrikas, Chinas und Ozeaniens wurde – wie koloniale Fremdherrschaft insgesamt – durch eine rassistische Ideologie gerechtfertigt. Eine echte Auseinandersetzung mit Europas Kolonialgeschichte und aus ihr erwachsenen Denkstrukturen hat bis heute nicht stattgefunden. Eine echte Dekolonialisierung ist Voraussetzung dafür, dass Rassismus verlernt wird. Wir fordern eine kritische Aufarbeitung von Deutschlands kolonialem Erbe in den Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie in der Kultur- und Bildungspolitik. Erst auf dieser Grundlage können globale Ungerechtigkeiten wirksam abgebaut werden. Zudem setzen wir uns für eine multiperspektivische Erzählung der deutschen Geschichte ein, in der geschichtliche Ereignisse auch aus Sicht von Menschen mit Rassismuserfahrung und/oder Einwanderungsgeschichte erzählt werden.



Foto: picture-alliance/Geisler-Fotopress

RASSISMUS SICHTBAR MACHEN

Um Benachteiligungsstrukturen wirksam zu ändern, müssen sie sichtbar gemacht und wissenschaftlich untersucht werden. Deshalb wollen wir unabhängige Forschung zu Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finanziell wie ideell fördern. Das Wissen der Communities und Selbstorganisationen und die dort vorhandenen empirischen Analysen müssen anerkannt, genutzt und gefördert werden. Gemeinsam mit den Ländern soll die Antirassismusforschung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Wir brauchen Daten, um zu untersuchen, wie verschiedene Formen von Diskriminierung zusammenwirken.

Dabei ist uns wichtig, auch eigene Strukturen konsequent zu hinterfragen. Unter anderem wollen wir Antirassismus dauerhaft auf die Agenda setzen. Gemeinsam mit Abgeordneten anderer Bundestagsfraktionen haben wir die „Parlamentsgruppe Vielfalt und Antirassismus“ ins Leben gerufen, in der antirassistische Politik entworfen und gelebt werden soll.

BEKÄMPFUNG DER DISKRIMINIERUNG GESETZLICH STÄRKEN

Wir wollen den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen: Niemand darf „rassistisch“ benachteiligt oder bevorzugt werden. Ein Perspektivwechsel ist nötig, der nicht die Menschen als vermeintlich homogene Gruppe mit zugeschriebenen Merkmalen benennt, sondern die rassistische und menschenverachtende Handlung. Um Benachteiligungsstrukturen zu verändern, wollen wir zudem eine aktive Schutzpflicht des Staates festschreiben. Das ergänzt unsere Forderung, im Grundgesetz auch vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität zu schützen.

Um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wirkungsvoller auszugestalten, wollen wir ein umfassendes Verbandsklagerecht einführen, die Ausnahmetatbestände für den Wohnungsmarkt streichen und Schutzlücken im privaten und öffentlichen Bereich schließen.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) muss finanziell und personell deutlich aufgestockt werden. Es ist unverantwortlich, dass sie seit 2018 nur kommissarisch geleitet wird. Um ihre Unabhängigkeit zu stärken, soll die ADS als oberste Bundesbehörde aufgewertet werden. Zusätzlich wollen wir ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen.



Formen des Rassismus

ANTI-SCHWARZER RASSISMUS

Schwarze Menschen in Deutschland sind als sichtbare Minderheit besonders von Rassismus betroffen. Die Auseinandersetzung der breiten Öffentlichkeit mit Anti-Schwarzem Rassismus ist in Deutschland jedoch, unter anderem wegen des Fortbestands (post)kolonialer Strukturen, noch sehr jung. Mit der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft wollen wir die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft stärken.

*Mynaka Sururu Mbora setzt sich für die Umbenennung kolonialer Straßennamen in Berlin ein.
Foto: Umbach/laif*



Foto: shutterstock



*Mit #Kein Platz für Hass ruft CLAIM zu Aktionswochen gegen Muslimfeindlichkeit auf. Rima Hanano organisiert mit Kolleg*innen das bundesweite Netzwerk aus muslimischen und nicht-muslimischen Initiativen.
Fotos: picture alliance*

ANTIASIATISCHER RASSISMUS

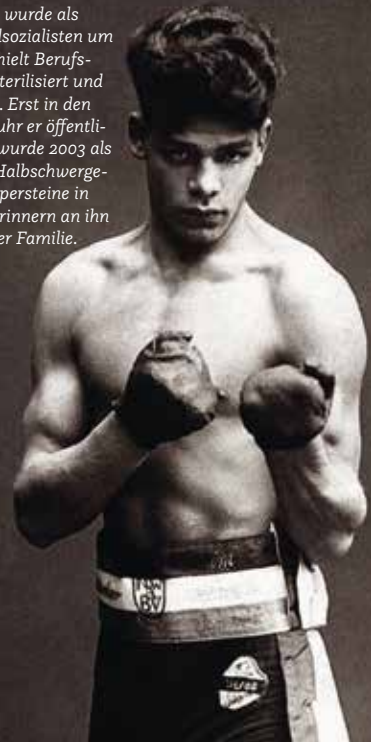
Stereotype und Feindbilder zu Asiat*innen (oder Menschen, die dafür gehalten werden) haben in Deutschland eine lange Geschichte. Die Pogrome in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992 sind traurige Beispiele. Die Corona-Pandemie hat den anti-asiatischen Rassismus in geballter Form zu Tage gebracht und verdeutlicht, dass hier gezielt und verstärkt die Auseinandersetzung mit Vorurteilen geführt werden muss.

MUSLIMFEINDLICHKEIT

Ressentiments, Hass und Gewalt gegenüber Muslim*innen nehmen zu. Die Bedrohung muslimischer Einrichtungen zeigt deutlich, dass umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme dringend nötig sind. Insbesondere muslimische Frauen mit Kopftuch erfahren Mehrfachdiskriminierungen und sind überproportional von struktureller Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, und von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Hier braucht es die Solidarität der ganzen Gesellschaft.

Der deutsche Boxer Johann Rukeli Trollmann (1907–1943) wurde als Sinto von den Nationalsozialisten um seine Titel betrogen, erhielt Berufsverbot, wurde zwangssterilisiert und später im KZ ermordet. Erst in den späten 90er-Jahren erfuhr er öffentliche Anerkennung und wurde 2003 als deutscher Meister im Halbschwergewicht rehabilitiert. Stolpersteine in Hannover und Berlin erinnern an ihn und das Schicksal seiner Familie.

Foto: Archivio GBB/
CONTRASTO/laif



ANTI-ZIGANISMUS

Die Verfolgung der Angehörigen der größten Minderheit Europas, der Sinti*zze und Rom*nja, durch die Nationalsozialisten wirkt bis heute nach. Sie sind in allen europäischen Ländern von massiver Diskriminierung betroffen. Es ist unsere Verantwortung, jeder Form des Hasses gegen Sinti*zze und Rom*nja in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen – in Deutschland und auf europäischer Ebene.

Foto: Daniel Pitas/laif



ANTISEMITISMUS

Antisemitismus ist wieder erschreckend präsent und lautstark geworden. Das darf niemand gleichgültig sein. Antisemitismus ist der Treiber abstruser, hasserfüllter Verschwörungsideologien und mörderischer Menschenverachtung. Der Attentäter von Halle hatte einen Massmord an jüdischen Menschen geplant. Jede

Form des Antisemitismus muss immer und überall mit aller rechtsstaatlichen Entschlossenheit bekämpft werden. Dafür trägt Deutschland vor dem Hintergrund der Shoah, der Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, eine besondere Verantwortung.



Unter der Friedensbrücke in Frankfurt erinnert ein 27 Meter langes Gedenk-Graffiti an die Opfer des Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020.



Sicherheit für alle

IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Rassismus führt dazu, dass Menschen in Deutschland nicht sicher sind. Dem Rechts-Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden, im öffentlichen Raum wie im Netz, präventiv aber auch mit Mitteln des Strafrechts.

Auch in der Polizei, einem Spiegelbild der Gesellschaft, gibt es Rassismus. Die meisten Polizist*innen gehen verantwortungsvoll mit ihren Befugnissen um, aber jeder Fall, in dem das anders ist, ist einer zu viel. Wir fordern die Einrichtung einer/eines unabhängigen

Polizeibeauftragte*n beim Deutschen Bundestag, an den/die sich Bürger*innen und Polizist*innen wenden können. Antirassismus muss fester Bestandteil der Lehrpläne in der Polizeiausbildung werden. Opfer rechter Gewalt müssen besser geschützt werden. Die Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse müssen endlich umgesetzt werden. Wir fordern zudem mehr Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden, um Ausschlussmechanismen in Einstellungsverfahren oder „Racial Profiling“ effektiv abzustellen.

DEMOKRATIEFÖRDERUNG UND POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Momentan beruht zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hauptsächlich auf ehrenamtlicher Arbeit oder einer projektabhängigen Förderung. Das birgt große finanzielle Unsicherheiten. Wir wollen dieses für unsere Gesellschaft so wichtige Engagement mit einem Demokratiefördergesetz finanziell und strukturell absichern. Um Rechtssicherheit und Gleichbehandlung verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu garantieren, wollen wir zudem das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren.

Politische und historische Bildung ist unerlässlich, um Rassismus wirksam zu bekämpfen. Wir verstehen politische Bildung generationenübergreifend als Teil des lebenslangen Lernens. Die Bundeszentrale für politische Bildung wollen wir finanziell stärken. Die Expertise von Selbstorganisationen von Menschen mit Rassismuserfahrung sowie Migrant*innenorganisationen muss strukturell eingebunden und finanziell gefördert werden.

*Irmela Mensah-Schramm übermalt ein Hakenkreuz im Berliner Stadtteil Schöneweide. Seit über 25 Jahren entfernt oder übermalt sie in Berlin und anderen Städten Malereien, Sticker oder Slogans von Neonazis auf Mauern, an Straßenlaternen und anderen Orten.
Foto: AP Photo/Markus Schreiber*



NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Themen »
Demokratie » Rechtsextremismus
- ——— Kein Platz für Nazis, Menschen gegen
Rechts verteidigen (Flyer 19/16)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/24636 Rassismus bekämpfen, Vielfalt stärken (Antrag)
- 19/24434 Ersetzung des „Rasse“-Begriffs im Grundgesetz
(Gesetzentwurf)
- 19/24431 Unabhängigkeit der Antidiskriminierungsstelle
(Antrag)
- 19/19552 Modernes Staatsangehörigkeitsrecht (Antrag)
- 19/24381 Koloniales Unrecht anerkennen (Antrag)
- 19/20166 Demokratiefördergesetz (Antrag)

**Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion**

Arbeitskreis 3

Bürgerrechte und Demokratie,
Rechts- und Gesellschaftspolitik

Filiz Polat MdB,

Sprecherin für Integrations- und
Migrationspolitik

TEL 030 227 56789

FAX 030 227 56552

info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Stefan Kaminski,

Titelfoto: J. Eckel/SZ Photo/laif Stand: März 2021